

Auswertung und Lösungsskizze zur Klausur im Modul 1.2a des Bachelor Politik- und Verwaltungswissenschaft am 05.03.2009

Themenstellerin: Dipl.-Verw.Wiss. Christina Zimmer

Es waren maximal 100 Punkte erreichbar.

Verteilung der Punkte und Noten:

Punkte	Note	Anzahl
ab 80 bis 100	1,0	10
ab 75 bis unter 80	1,3	5
ab 71 bis unter 75	1,7	7
ab 66 bis unter 71	2,0	6
ab 61 bis unter 66	2,3	8
ab 57 bis unter 61	2,7	5
ab 52 bis unter 57	3,0	6
ab 47 bis unter 52	3,3	8
ab 43 bis unter 47	3,7	3
ab 38 bis unter 43	4,0	6
unter 38	5,0	22

Anzahl Klausuren: 86
Notendurchschnitt: 3,0
Nicht bestanden: 25,6%

Frage 1

Skizzieren Sie Schumpeters Theorie der Konkurrenzdemokratie und stellen Sie grundlegende Unterschiede zu den Vorstellungen Rousseaus heraus.
(10 Punkte)

((Schumpeter kritisiert die „klassische“ Demokratietheorie, insbesondere die Annahme eines objektiv feststehenden und bestimmbar a priori Gemeinwohls, aus dem sich eindeutige Problemlösungsstrategien ableiten lassen (es kann nur einen fabrizierten Willen der Massen geben) sowie die Überschätzung des Rationalitäts- und Motivationspotentials der Massen.))

Schumpeter begreift Demokratie nicht als Ziel an sich (Volkssouveränität!), sondern als **politische Methode**, also eine bestimmte institutionelle (Herrschafts-)Ordnung, um zu politischen Entscheidungen zu kommen.

Funktionsprinzipien:

Politische Eliten (Parteien, politisches Führungspersonal) stehen untereinander im **Wettbewerb** um Wählerstimmen. Das Volk entscheidet in Wahlen zwischen konkurrierenden Führungseliten, bestätigt sie oder löst sie ab.

So können **Partikularinteressen** legitimerweise durchgesetzt werden, Politiker orientieren sich immer an der Mehrheit (Strategie der Stimmenmaximierung).

Schumpeter stellt eine Analogie zwischen Unternehmer und Politiker her (Ziele der Gewinn- bzw. Stimmenmaximierung).

Funktionsvoraussetzungen:

- Existenz einer politischen Führungsschicht/Klasse
- Begrenzung der politischen Entscheidungsbereiche
- gut ausgebildete, pflichterfüllte Bürokratie
- Selbstbeschränkung des Wählers auf Wahlakt, keine Dauerpolitisierung

Unterschiede zu Rousseau:

- Rousseau geht von einem Gemeinwohl a priori, einem objektiven und einheitlichen Willen des Volkes (volonté générale) aus
- Demokratie bzw. die Volkssouveränität ist wichtiges Ziel für sich
- Partikularinteressen sind schädlich und dürfen nicht gegen den Gemeinwillen durchgesetzt werden
- Rousseau lehnt das Repräsentationsprinzip ab, Bestimmung des Gemeinwohls kann nicht an Führungselite übertragen werden
- Rousseau setzt Tugendhaftigkeit der Bürger voraus

zu Frage 1

Frage 2

Skizzieren Sie knapp eine typisch realistische und eine eher dem institutionellen Paradigma zuzurechnende Deutung der westdeutschen Politik der Westbindung.
(2 Punkte)

Realistisch:

Westbindung als Flucht vor östlicher Bedrohung bzw. Anlehnung an den Stärkeren (NATO/USA);
erlaubt Streben nach der Wiedererlangung von Autonomie/Souveränität

Institutionalistisch:

den Verzicht auf Machtstreben durch institutionelle Einbindung glaubhaft machen (Selbstbindung);
erlaubt Streben nach Wiedererlangung von Autonomie, aber eben nur im Rahmen von Institutionen
kooperative Bearbeitung gemeinsamer Probleme (Kalter Krieg, östliche Bedrohung)

Frage 3

Welche Akteure haben das Recht, Gesetzesinitiativen in den Bundestag einzubringen?
(3 Punkte)

- a) Bundesrat
- b) Bundesregierung
- c) Länderparlamente
- d) Bundespräsident
- e) die Abgeordneten der Regierungsfractionen
- f) die Abgeordneten der Oppositionsfractionen

Frage 4

Nennen Sie die allgemeinen Rechtsetzungsverfahren des EG-V und erläutern Sie deren Kern in jeweils einem Satz.
(6 Punkte)

Anhörungsverfahren

Europaparlament (EP) gibt eine nicht-bindende Stellungnahme ab, Entscheidung liegt beim Ministerrat, kein Vetorecht des EP

Kooperationsverfahren

Rat formuliert Gemeinsamen Standpunkt, Änderungswünsche des EP können vom Rat nur *einstimmig* abgelehnt werden, dennoch kein effektives Veto des EP

Mitentscheidungsverfahren

Vermittlungsausschuss bei Uneinigkeit zwischen Rat und EP, bei Nichteinigung kommt Rechtsakt nicht zustande, Rat und EP arbeiten als gleichwertige Kammern

Zustimmungsverfahren

Rechtsetzungsakt des Rates erfordert die Zustimmung des EP (effektives Veto), dieses hat jedoch keine Änderungsmöglichkeiten bzw. Einfluss auf Inhalte, z.B. bei Ratifizierung von Verträgen oder dem Beitritt neuer Mitgliedstaaten

Frage 5

Im IPSE-Kurs (04686) werden fünf Ordnungen der kapitalistischen Weltwirtschaft unterschieden. Benennen Sie vier davon.
(4 Punkte)

- Werteigentumsordnung
- Weltwährungsordnung
- Weltfinanzordnung
- Weltarbeitsmarktordnung
- Welthandelsordnung

Frage 6

Erläutern Sie die Parteienstaatstheorie nach Gerhard Leibholz und formulieren Sie einen Einwand zu der These.

(6 Punkte)

Leibholz argumentiert, dass in der modernen Massendemokratie die **politische Willensbildung und Interessenvermittlung** zwischen Bürgern und Staatsorganen nur noch über die Parteien möglich ist.

In der Bundesrepublik sei dem mit der Formulierung des Art. 21 Abs. 1 GG („Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“) Rechnung getragen worden.

In der Konsequenz

- sind die Mehrheitsparteien in Parlament und Regierung quasi allein für die Willensbildung des Volkes verantwortlich
- unterliegen die Abgeordneten einem **Fraktionszwang** (einem einheitlichen Parteiwillen)
- dienen Wahlen der Abstimmung über Parteiprogramme und ihre Kandidaten

möglicher Einwand:

Überzeichnung des Gegensatzes zwischen (früherer) liberaler Demokratie und (heutigem) Parteienstaat

Frage 7

Warum wird die Überlegenheit von Demokratien im Vergleich zu Nicht-Demokratien nach Manfred G. Schmidt häufig überschätzt?

(3 Punkte)

Es handelt sich um ein **methodisches Problem**:

Studien vernachlässigen alternative Erklärungsfaktoren (Kontrollvariablen) wie z.B. den wirtschaftlichen Entwicklungsstand (das Wohlfahrtssniveau) oder die Rechtsstaatlichkeit (rechtsstaatliche Tradition)

Frage 8

Verdeutlichen Sie anhand von **vier Beispielen** die jüngst zunehmende Bedeutung nichtstaatlicher Akteure für die Agenda der internationalen Sicherheitspolitik.
(4 Punkte)

Antwortmöglichkeiten:

1. transnationaler Terrorismus
2. (internationalisierte) Bürgerkriege: (inner-)gesellschaftliche Gruppen als Akteure
3. Söldner/private kommerzielle Akteure als Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen
4. humanitäre Intervention zugunsten nichtstaatlicher Gruppen (Minderheiten etc. in Staaten) bzw. auf Betreiben schockierter Öffentlichkeit (Medien, NGOs)
5. humanitäre Intervention/Stabilisierungsarbeit durch NGOs (Aussöhnung, Versorgung etc.)
7. internationale Energieunternehmen
8. transnationale Kommunikations- und Koordinationsmöglichkeiten nicht-staatlicher Akteure über Internet und Mobilfunk

Frage 9

Der Föderalismus der Bundesrepublik...
(3 Punkte)

- | | |
|---|-------------------------------------|
| a) entspricht dem Bedürfnis nach Machtaufteilung zur Stabilisierung der Demokratie; | <input checked="" type="checkbox"/> |
| b) ergab sich aus der Abkehr von deutschen Verfassungstraditionen; | <input type="checkbox"/> |
| c) weist allen drei staatlichen Ebenen ausschließliche Verwaltungskompetenzen zu; | <input type="checkbox"/> |
| d) misst der Länderebene gleichberechtigte Gesetzgebungskompetenzen wie der Bundesebene zu; | <input type="checkbox"/> |
| e) sieht grundsätzlich die Länder als Exekutive bei der Ausführung von Bundesrecht vor; | <input checked="" type="checkbox"/> |
| f) ermöglicht unterschiedliche Grundrechtskataloge der einzelnen Landesverfassungen. | <input checked="" type="checkbox"/> |

Frage 10

Von einer Ko-Evolution von Staat und internationalem System lässt sich gemäß der Darstellung im IPSE-Kurs (04686) sprechen, weil...
(2 Punkte)

- | | |
|---|-------------------------------------|
| a) moderner Staat und modernes Staatensystem gleichsam gleich alt sind; | <input checked="" type="checkbox"/> |
| b) ein Primat der Innen- gegenüber der Außenpolitik besteht; | <input type="checkbox"/> |
| c) es polit-ökonomische Zusammenhänge zwischen einzelstaatlicher Entwicklung und der des internationalen Systems gibt; | <input checked="" type="checkbox"/> |
| d) es politisch-militärische Zusammenhänge zwischen einzelstaatlicher Entwicklung und der des internationalen Systems gibt. | <input checked="" type="checkbox"/> |

Frage 11

Veranschaulichen Sie Platons Lehre vom „Verfall der Verfassungen“, indem Sie die aufeinander folgenden Staatsformen nennen und jeweils stichwortartig charakterisieren. (5 Punkte)

Aristokratie: Herrschaft der Besten (Tugendhaften, Gerechten, Tüchtigen, Ehrbaren)

Timokratie: Hang zur Kriegsführung (Streitsucht) und Geldgier bilden Bezugspunkte der Gesellschaft

Oligarchie: Herrschaft der Reichen, Arme haben keinen Anteil an der Regierung, führt zum „Klassenkampf“

Demokratie: Herrschaft der Armen, Unterdrückung der Reichen, großer Einfluss von Demagogen

Tyrannis: Herrschaft eines starken, eigenwohlbezogenen Führers

Frage 12

Skizzieren Sie grundlegende Annahmen der Dependenztheorien und der Modernisierungstheorien, wie sie im IPSE-Kurs 04686 dargestellt sind. (5 Punkte)

Dependenztheorien

Unterentwicklung von Staaten lässt sich primär mit **exogenen Faktoren** (externen Ursachen) erklären: strukturelle Abhängigkeit der Peripherie (armer Süden) vom Zentrum (reicher Norden) als Hauptursache von Unterentwicklung bzw. Entwicklung (2 Punkte)

Innengesellschaftlich relevante Faktoren können darüber hinaus sein: Verteilung von Macht und Einkommen zwischen gesellschaftlichen Klassen, Machtausübung durch internationale Konzerne (1 Punkt)

Modernisierungstheorien

Unterentwicklung von Staaten ist primär mit **endogenen Faktoren** (inneren Ursachen) der Entwicklungsländer zu erklären

Erklärungsfaktoren sind z.B. Kultur, Wertvorstellungen, mangelhafter Rechtsstaat und Eigentumssicherung, Korruption (2 Punkte)

Frage 13

Nennen vier Klagearten vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) und erläutern Sie sie in jeweils einem Satz.

(6 Punkte)

Klagen im Vorabentscheidungsverfahren

Das Verfahren dient der einheitlichen Anwendung des Gemeinschaftsrechts (Wahrung der Rechtseinheit): Hat ein nationales Gericht Zweifel an der Auslegung oder Gültigkeit europäischen Rechts, so kann es – oder muss in bestimmten Fällen – dem EuGH die entsprechenden Fragen zur Auslegung bzw. Entscheidung vorlegen.

Vertragsverletzungsklagen

Nach Einleitung durch die Kommission (oder andere Mitgliedstaaten) prüft der EuGH, ob die Mitgliedstaaten ihren vertraglichen Pflichten aus europäischem Recht nachgekommen sind.

Nichtigkeitsklagen

Mitgliedstaaten, Rat und Kommission sowie bei Verletzung der eigenen Rechte das Europäische Parlament, die Europäische Zentralbank, der Europäische Rechnungshof und natürliche und juristische Personen können die Nichtigerklärung von Rechtshandlungen der Gemeinschaftsorgane (z.B. wegen Unzuständigkeit, Vertragsverletzung oder Verletzung von Formvorschriften) vor dem EuGH beantragen.

Untätigkeitsklagen

Mitgliedstaaten und Gemeinschaftsorgane sowie natürliche und juristische Personen können den EuGH anrufen, um die vertragswidrige Untätigkeit von Kommission, Rat, Europäischem Parlament oder EZB feststellen zu lassen.

Frage 14

Welche Bedingungen stellt John Stuart Mill an das Wahlrecht in einer repräsentativen Demokratie und welche „Gefahren“ möchte er damit überwinden?

(5 Punkte)

Mill tritt für ein **Zensuswahlrecht** ein, nur wer Steuern zahlt und sich mit seiner Arbeit ernähren kann, erhält auch das Wahlrecht. Außerdem verlangt Mill den Nachweis eines Mindestmaßes an **Bildung**. Besonders gebildete Bürger sollen ein **Mehrfach- oder Pluralwahlrecht** erhalten. (je 1 Punkt)

Er möchte damit die Gefahren der „alten Demokratie“ überwinden: (je 1 Punkt)

- Herrschaft der kollektiven Mittelmäßigkeit und „Pedantokratie“ aufgrund eines zu niedrigen Bildungsstandards der Wähler
- Klassengesetzgebung, einseitige Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse

Frage 15

Skizzieren Sie, mit welchen Mitteln organisierte Interessen auf den „Adressaten“ Bundestag Einfluss nehmen.
(6 Punkte)

direkte Kontaktaufnahme zwischen Verbandsvertretern und Abgeordneten:
Bereitstellen von Informationen, Stellungnahmen, Beziehungspflege

personelle Durchsetzung des Bundestages mit Verbandsfunktionären,
insbesondere Besetzung relevanter Bundestagsausschüsse

Anhörung von Verbandsvertretern in Bundestagsausschüssen
über einen Gegenstand, den der Bundestag berät

außerdem: mittelbare Einflussnahme über politische Parteien oder die öffentliche Meinung

Frage 16

Häufig wird konstatiert, dass der Parteienwettbewerb im Europäischen Parlament (EP) weniger intensiv sei als in nationalen Parlamenten. Wie lässt sich diese Einschätzung begründen?
(4 Punkte)

- a) Konservative, liberale und sozialdemokratische Parteien vertreten auf europäischer Ebene ähnliche Auffassungen.
- b) Die Fraktionen des EP sind in ihren ideologischen Ausrichtungen sehr heterogen.
- c) Parteipolitische Sichtweisen im EP werden oft von nationalen Perspektiven und institutionellen Eigeninteressen des EP überlagert.
- d) Die Entscheidungsregeln von EU-Rechtsetzungsverfahren erfordern die einfache Mehrheit im EP.

Frage 17

Nennen Sie die vier zentralen Verfassungsprinzipien der BRD.
(4 Punkte)

Demokratie
Bundesstaatlichkeit (Föderalismus)
Rechtsstaatlichkeit
Sozialstaatlichkeit

Frage 18

Erläutern Sie knapp die Begriffe der positiven und der negativen Integration in Bezug auf die Europäische Union und veranschaulichen Sie sie an jeweils einem Beispiel.

(6 Punkte)

negative Integration:

Beseitigung nationaler Handelshindernisse und Wettbewerbsbeschränkungen mit dem Ziel, einen freien Binnenmarkt für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital zu schaffen (marktschaffende Maßnahmen)

Beispiele: Abschaffung von Zöllen auf den Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, Subventionskontrolle durch die Europäische Kommission, Prinzip der wechselseitigen Anerkennung

positive Integration:

Regulierung des Marktes mit Hilfe wirtschaftspolitischer und regulativer Kompetenzen auf der EU-Ebene in den Bereichen Gesundheits- und Arbeitsschutz, Umweltschutz, Verbraucherschutz u.a. (meist marktkorrigierende Maßnahmen)

Beispiele: EU-weites Verbot von Tabakwerbung, REACH-Verordnung zur Chemikalienregulierung

Frage 19

Welcher Typus der kommunalen Verfassung ist in der Bundesrepublik vorherrschend und was zeichnet ihn aus?

(4 Punkte)

Modell der Süddeutschen Ratsverfassung

sowohl die Gemeindevertretung (Gemeinderat/Stadtrat/Stadtverordnetenversammlung) als auch der Bürgermeister werden **direkt gewählt** (dualistisches Modell)

direkt gewählter Bürgermeister als **monokratische** Exekutive

Frage 20

Die Europäische Kommission...

(3 Punkte)

- a) gibt die Leitlinien der europäischen Politik vor;
- b) verfügt über ein Initiativmonopol für die europäische Gesetzgebung;
- c) ist in den europäischen Entscheidungsprozess eingebunden;
- d) handelt durch ihre Komitologieausschüsse;
- e) verfügt über exekutive Kompetenzen;
- f) leitet Vertragsverletzungsverfahren ein.

Frage 21

Skizzieren Sie kurz das radikal neue Demokratieverständnis der Levellers zu Zeiten der englischen Revolution im 17. Jhd.
(4 Punkte)

Die Levellers sahen Herrschaft nicht mehr als natürliche Gegebenheit bzw. Größe. Sie gingen erstmals von ursprünglich gleichen und freien Individuen in einem **Naturzustand** aus, in dem sie keinerlei Herrschaft unterworfen sind. Staatliche Herrschaft wird erst durch einen **Vertrag** (Agreement) konstituiert, der aufgrund rationaler Überlegungen zwischen den Individuen geschlossen wird (kontraktualistisches Demokratieverständnis).

Zu den innovativen Vorstellungen der Levellers gehörte auch der Schutz **individueller Grund- und Menschenrechte** sowie des Rechts auf **Privateigentum**; diese Rechte sind dem demokratischen Willensbildungsprozess und dem Staat übergeordnet; auch politische Teilhabe wird von der Ebene der Individuen aus gedacht.

Frage 22

Welche der nachfolgenden Aussagen ist/sind gemäß des im Kurs 04686 (IPSE) entwickelten Verständnisses des Begriffs "internationale Politik" zutreffend?
(2 Punkte)

- a) Internationale Politik ist ein Synonym für (gleichbedeutend mit) Außenpolitik.
- b) In der internationalen Politik geht es nur um die Macht zwischen Staaten.
- c) Es ist analytisch zweckmäßig, zwischen den Verhältnissen der Politik innerhalb von Staaten und den Verhältnissen der internationalen Politik zu unterscheiden.
- d) Internationale Politik bearbeitet auch Probleme, die sich aus transnationalen Beziehungen ergeben.

Frage 23

Der Bundestag übt seine Wahlfunktion aus in Bezug auf...
(3 Punkte)

- a) die Kabinettsmitglieder
- b) die Bundesratsmitglieder
- c) das Direktorium der Bundeszentralbank
- d) den Bundespräsidenten
- e) die Bundesverfassungsrichter
- f) die Mitglieder des Vermittlungsausschusses